

Betreff:

Das Freihandelsabkommen TTIP stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 21.05.2014 -

Antragstext:

In Arlington, Virginia findet aktuell (vom 19. bis 23. Mai 2014) die fünfte Verhandlungsrunde zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) statt. Dabei handelt es sich um ein Handelsabkommen, das seit Juli 2013 zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten ausgehandelt wird.

Das Ziel dieser Partnerschaft ist

„durch die Beseitigung von Handelshemmnissen auf beiden Seiten des Atlantiks Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Der Abbau von Handelshemmnissen würde sowohl den Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen als auch Investitionen im jeweils anderen Wirtschaftsgebiet fördern und erleichtern.“¹

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, nach Vorlage von konkreten Verhandlungsergebnissen zu berichten, ob und wenn ja welche konkreten Auswirkungen von TTIP auf die kommunale Selbstverwaltung ausgehen könnten, vor allem in den Bereichen

- a. Umweltauflagen, Arbeitnehmerrechte oder Verbraucherschutzangelegenheiten, die im Zuständigkeitsbereich der kommunalen Selbstverwaltung liegen
- b. Auflagen (für tarifgerechte Bezahlung, Einhaltung von Umwelt- und Qualitätsstandards) für die kommunale Auftragsvergabe oder Durchführung öffentlichen Ausschreibungen
- c. lokale und regionale Energie- und Klimapolitik (Stadtwerke, Anschluss- und Benutzungszwang für umweltfreundliche Energieträger etc.)
- d. Wasserversorgung und -entsorgung sowie den Gewässerschutz
- e. Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs und der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur (Straßenbau etc.).

¹Europäische Kommission: Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) - aktueller Stand der Verhandlungen vom 19. März 2014,
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/march/tradoc_152274.pdf, abgerufen am 20.05.2014

Antrag Nr. 14-F-33-0068
CDU, SPD

- f. kommunale Wirtschaftsförderung, mit Bevorzugung regionaler Produzenten, Händler und Unternehmen sowie beim Projekt „Fair-Trade-Stadt“
- g. Finanzierung örtlicher Bildungs- und Kultureinrichtungen (VHS, Theater, Museen, freie Schulen etc.)
- h. Auswirkungen auf die lokale Bürgerbeteiligung wegen der geforderten Beschleunigung von Genehmigungsverfahren
- i. kommunale Planungs- und Gestaltungshoheit (z.B. Gestaltungs- und Umweltauflagen in Bebauungsplänen, kommunalen Satzungen, Auflagen in Raumordnungsplänen u. v. m.).

Wiesbaden, 21.05.2014